

Vernehmlassung zum Planungsbericht Bildungskleeblatt

Aarau, im Dezember 2006

Name/Institution/Partei: Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK); vgl. Schreiben vom 30.03.2007

Adresse: Entfelderstrasse 11, Postfach, 5001 Aarau

Telefon: 062 837 18 18

Mobil:

E-Mail: peter.luescher@aihk.ch (Sachbearbeiter)

Der Fragebogen ist entlang der vier Teilprojekte gegliedert.

Sie haben die Möglichkeit, zu jeder Frage den Grad Ihrer Zustimmung bekannt zu geben:

- ++ = «vollständig einverstanden»
- + = «eher einverstanden»
- = «eher nicht einverstanden»
- = «gar nicht einverstanden»

Bei den einzelnen Fragen kreuzen Sie die Ihnen entsprechende Variante an.

Wollen Sie sich zu einer Frage nicht äussern, markieren Sie das Feld «keine Stellungnahme»

Bitte retournieren Sie den ausgefüllten Fragebogen **bis 15. März 2007** an folgende Adresse:
Departement Bildung, Kultur und Sport, Abteilung Volksschule, Bildungskleeblatt,
Bachstrasse 15, 5001 Aarau. E-Mail: volksschule@ag.ch.

Kleblatt Eingangsstufe

Im Teilprojekt «Eingangsstufe» ist die Einführung einer altersgemischten dreijährigen Grundstufe anstelle des Kindergartens und der 1. Primarschule oder einer vierjährigen Basisstufe anstelle des Kindergartens und der 1. und 2. Primarschule vorgesehen. (Vgl. Vernehmlassungsvorlage, Kap. 7)

	--	-	+	++
1. Sind Sie einverstanden, dass die Kinder ab dem Kindergartenalter auch schulisch gefördert werden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

	--	-	+	++
2. Sind Sie einverstanden, dass eine altersgemischte Eingangsstufe eingeführt wird, in der die Kinder gemäss ihrem individuellen Entwicklungsstand gefördert werden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

	--	-	+	++
3. Sind Sie einverstanden, dass die Eingangsstufe je nach individueller Entwicklung in kürzerer oder etwas längerer Zeit durchlaufen werden kann?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Wir stehen einer Flexibilisierung des Schuleintritts grundsätzlich positiv gegenüber. Leistungsstarken Kindern wird so eine schnellere Absolvierung der Volksschule ermöglicht.

	--	-	+	++
4. Sind Sie einverstanden, dass neben der Eingangsstufe keine Einschulungsklassen mehr geführt werden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

5. Welches Modell der Eingangsstufe favorisieren Sie?				
a) Dreijährige Grundstufe	<input type="checkbox"/>			
b) Vierjährige Basisstufe	<input type="checkbox"/>			
<input checked="" type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Die Erfahrungen der Pilotversuche sind vor dem Entscheid auszuwerten und in die Beurteilung einzubeziehen. Interkantonale Harmonisierung?

Kleeblatt Harmonisierung der Schulstrukturen

Durch die Verlängerung der Primarstufe um ein Jahr und die Verkürzung der Sekundarstufe I (Oberstufe) auf drei Jahre wird die Aargauer Volksschule mit der gesamtschweizerischen Schulstruktur harmonisiert. (Vgl. Vernehmlassungsvorlage, Kap. 8)

	--	-	+	++
6. Sind Sie einverstanden, dass die Schulstrukturen harmonisiert werden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Neben der strukturellen braucht es aus unserer Sicht dringend auch eine inhaltliche Harmonisierung. Die strukturellen und inhaltlichen Koordinationsmöglichkeiten mit den anderen Kantonen in der Deutschschweiz sind zu klären und im bereinigten Planungsbericht aufzuzeigen.

Die Mittelstufe der Primarschule schliesst an die Eingangsstufe an. Die Eingangsstufe und die Mittelstufe dauern zusammen acht Jahre.

	--	-	+	++
7. Sind Sie einverstanden, dass die Primarschule neu acht Jahre dauert (bisher zwei Jahre Kindergarten und fünf Jahre Primarschule)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

	--	-	+	++
8. Sind Sie einverstanden, dass die Kinder an der Mittelstufe der Primarschule mittels individualisierender Lehr- und Lernmethoden entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrer individuellen Entwicklung unterrichtet werden?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: In der Mittelstufe soll als Regel im Klassenverband ausgebildet werden. Individualisierender Unterricht ist aus unserer Sicht in Teilbereichen angebracht, nicht aber als Hauptform der Wissensvermittlung.

	--	-	+	++
9. Sind Sie einverstanden, dass die Kinder während der gesamten Primarschulzeit inkl. der Eingangsstufe höchstens einmal eine Klasse repetieren können?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Braucht ein Kind länger als 3 bzw. 4 Jahre für die Eingangsstufe, so ist das aus unserer Sicht nicht als Repetition zu betrachten. Auf der Mittelstufe muss eine Repetition möglich sein.

10. Wer soll darüber entscheiden, ob der Unterricht an der Mittelstufe (neu: 5.-8. Schuljahr) in Jahrgangsklassen oder in einer mehrklassigen Abteilung erfolgt?				
a) Die Schulpflege	<input type="checkbox"/>			
b) Die Schulleitung	<input type="checkbox"/>			
c) Der Kanton	<input checked="" type="checkbox"/>			

Keine Stellungnahme

Kommentar: In der Mittelstufe sollen Jahrgangsklassen die Regel bilden. Mehrklassige Abteilungen sind aus unserer Sicht nur als Ausnahme zur Erhaltung kleiner Schulen zuzulassen.

An der dreijährigen Oberstufe der Volksschule werden die Schülerinnen und Schüler in selektive Leistungszüge oder Schultypen sowie in einzelnen Fächern in Niveaugruppen eingeteilt.

	--	-	+	++
11. Sind Sie einverstanden, dass die Oberstufe der Volksschule in der Regel drei Jahre dauert?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Die Strukturen der Oberstufe sind interkantonal zu koordinieren. Vgl unsere grundsätzlichen Bemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 4.

	--	-	+	++
12. Sind Sie einverstanden, dass die Sekundarstufe I in selektive Leistungszüge bzw. Schultypen gegliedert ist?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

	--	-	+	++
13. Sind Sie einverstanden, dass einzelne Fächer auf der Oberstufe in Niveaugruppen unterrichtet werden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Zahl und Auswahl der Fächer sind noch zu klären.

	--	-	+	++
14. Sind Sie einverstanden, dass die Schülerinnen und Schüler an zwei bis drei Terminen pro Jahr die Niveaugruppen und/oder die Stammklasse bzw. den Schultyp wechseln können (Umstufungen), wenn sie in einer anderen Leistungsstufe besser gefördert werden können?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Ein Wechsel soll aus praktischen Überlegungen nur jeweils auf ein Semesterende erfolgen können.

	--	-	+	++
15. Sind Sie einverstanden, dass auf der Oberstufe dank den Umstufungsmöglichkeiten auf Repetitionen weitgehend verzichtet werden kann?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

Das dritte Jahr der Oberstufe der Volksschule wird neu gestaltet. Es bereitet besonders auf den Übertritt in die Berufsbildung, aber auch auf weiterführende schulische Ausbildungsgänge vor.

-- - + ++

16. Sind Sie einverstanden, dass das dritte Jahr der Sekundarstufe I besonders auf den Übertritt in die Berufsbildung ausgerichtet wird?

-- - + ++

Keine Stellungnahme

Kommentar: Eine Vorbereitung auf alle künftig möglichen Laufbahnen ist angezeigt. Dieses Jahr kann kein Berufswahljahr sein. Gute Grundlagen für die spätere Berufstätigkeit (auch von Gymnasiasten) müssen bereits früher gelegt werden.

Der Übertritt ins Gymnasium findet in der Regel nach dem 10. Schuljahr, das heisst nach der zweiten Klasse der Sekundarstufe I statt. Dadurch wird die Dauer bis zur Erreichung der gymnasialen Matur auf den gesamtschweizerischen Durchschnitt von 12 Jahren gesenkt.

-- - + ++

17. Sind Sie einverstanden, dass der Übertritt ins Gymnasium in der Regel nach der zweiten Klasse der Oberstufe erfolgt?

-- - + ++

Keine Stellungnahme

Kommentar: Vgl. unsere Bemerkungen zu Frage 18 sowie die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 4.

Im Planungsbericht werden drei Modelle für die Sekundarstufe I dargestellt:

- eine zweiteilige Sekundarstufe I (Modell 1 mit Sekundarschule B und Sekundarschule M)
- eine dreiteilige Sekundarstufe I (Modell 2 mit Sekundarschulen B, M+ sowie Elitegymnasium) und
- eine dreijährige Sekundarstufe I für alle (Modell 3).

18. Welches Modell favorisieren Sie?

a) Modell 1 (zweiteilige Sekundarstufe I)

b) Modell 2 (dreiteilige Sekundarstufe I)

c) Modell 3 (dreijährige Sekundarstufe I für alle)

Keine Stellungnahme

Kommentar: Die Kompatibilität des Modells 2 und jenes des ALV (Modell 4) mit den anderen Kantonen ist aufzuzeigen. Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 4.

Mit dem Elitegymnasium werden 3% der Schülerinnen und Schüler nach der Primarschule besonders gefördert. Es wird an bestehenden Gymnasiumsstandorten angesiedelt.

-- - + ++

19. Sind Sie mit der Führung eines Elitegymnasiums einverstanden?

-- - + ++

Keine Stellungnahme

Kommentar: Die Idee ist prüfenswert. Die sich stellenden Fragen sind aber vor einer abschliessenden Beurteilung zu prüfen. Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 4.

Kleeblatt Tagesstrukturen

An den Schulen des Kantons Aargau ist ein freiwilliges Tagesstrukturangebot während der Schulwochen geplant. Ab 2010/11 bestehen ein Mittagstisch und ein freiwilliges Betreuungsangebot vor Unterrichtsbeginn. Der Unterricht am Vormittag wird in Blockzeiten geführt. Ab 2015/16 wird das Förder- und Betreuungsangebot auf die Nachmittage ausgedehnt und bis 17.00 Uhr oder bis 18.00 Uhr ausgebaut. (Vgl. Vernehmlassungsvorlage, Kap. 9)

	--	-	+	++
20. Sind Sie einverstanden, dass für den Unterricht an der Volksschule am Vormittag Blockzeiten mit vier Lektionen eingeführt werden?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

	--	-	+	++
21. Sind Sie einverstanden mit der Einführung von Tagesstrukturangeboten, deren Besuch – mit Ausnahme der Blockzeiten – für die Schülerinnen und Schüler freiwillig ist?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Der Grundsatz der Freiwilligkeit des Besuchs ist für uns ausschlaggebend. Die Familien sollen entscheiden, ob sie von einem derartigen Angebot Gebrauch machen wollen oder nicht. Alle faktischen Zwänge für die Inanspruchnahme des Angebots lehnen wir ab. Vgl. Antwort zu Frage 22.

	--	-	+	++
22. Sind Sie einverstanden, dass die Schulstandorte bedarfsgerechte freiwillige Tagesstrukturen anbieten müssen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Soweit ein Bedarf dafür ausgewiesen ist. Es sollen verschiedene, den lokalen Verhältnissen angepasste Lösungen möglich sein (die Gemeinden müssen nicht alles selber anbieten).

Die Schule bzw. die Schulleitung ist dafür verantwortlich, dass bei entsprechendem Bedarf Tagesstrukturen in der notwendigen Qualität angeboten werden. Die Angebote der Tagesstrukturen können ganz oder teilweise von Privaten oder Institutionen etc. bereitgestellt werden.

	--	-	+	++
23. Sind Sie einverstanden, dass die Schule bzw. die Schulleitung für die Bereitstellung der Tagesstrukturangebote und für die Qualität der Tagesstrukturen verantwortlich ist?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Dies ist aus unserer Sicht eine Aufgabe der Gemeinde und nicht der Schule.

	--	-	+	++
24. Sind Sie einverstanden, dass die Angebote der Tagesstrukturen innerhalb der jeweiligen Schulstandorte (Gemeinden) angesiedelt sind?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Keine Stellungnahme

Kommentar: In der Regel soll ein Angebot am Schulstandort vorhanden sein, Ausnahmen müssen aber möglich sein.

Kleine Gemeinden können den Mittagstisch gemeinsam organisieren und zentralisiert anbieten. Sie sorgen für den nötigen Transport der Schulkinder.

25. Sind Sie einverstanden, dass der Mittagstisch in einer Nachbargemeinde angeboten und der Transport von der Gemeinde organisiert werden kann?

Keine Stellungnahme

Kommentar: In kleinen Gemeinden können allenfalls auch private Lösungen gefunden werden. Transporte für den Mittagstisch erachten wir als eher problematisch, zumal sich die Frage ja wohl nur an der Primarschule stellt.

26. Wann soll die Betreuung am Morgen vor dem Unterricht beginnen?

a) 7:00 Uhr

b) 7:30 Uhr

Keine Stellungnahme

Kommentar:

27. Bis wann soll das Förder- und Betreuungsangebot dauern?

a) Bis 15:00 Uhr

b) Bis 17:00 Uhr

c) Bis 18:00 Uhr

Keine Stellungnahme

Kommentar: Wir gehen davon aus, dass individuell auch ein früheres Weggehen möglich ist (Absprache mit den Eltern).

Die Eltern werden einkommensabhängig an den Kosten für die Tagesstrukturen beteiligt. (Vgl. Anhang zur Vernehmlassungsvorlage, Kap. 6.1.4)

-- - + ++

28. Sind Sie einverstanden mit einer Kostenbeteiligung der Eltern an den Tagesstrukturen?

Keine Stellungnahme

Kommentar:

-- - + ++

29. Sind Sie einverstanden, dass die Kostenbeteiligung der Eltern einkommensabhängig festgelegt wird?
- Keine Stellungnahme

Kommentar: Als Grundsatz sollen die Eltern die Vollkosten tragen, Ausnahmen gemäss SPG. Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 5.

Die Kosten für die Ganztagesbetreuung betragen Fr. 62.– pro Tag. Die reinen Essenskosten für den Mittagstisch betragen höchstens Fr. 10.– pro Tag.

30. Wie hoch soll der Elternbeitrag bei steuerbaren Einkommen von weniger als 30'000 Fr. jährlich sein?
- a) Kleiner als Fr. 10.- pro Tag
- b) 10.- Fr. pro Tag (Essenskosten)
- c) Grösser als 10.- Fr. pro Tag
- Keine Stellungnahme

Kommentar: Vgl. Antwort zu Frage 29.

31. Wie hoch soll der Elternbeitrag bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 100'000 Fr. jährlich sein?
- a) Kleiner als 62.- Fr. pro Tag
- b) 62.- Fr. pro Tag (Vollkosten bei einem Angebot bis 18:00 Uhr)
- Keine Stellungnahme

Kommentar:

32. Sind Sie einverstanden, dass der Verteilschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden für die nicht durch die Eltern beglichenen Kosten wie folgt festgelegt wird:
- a) 70% Kanton – 30% Gemeinden (analog den Löhnen der Lehrpersonen)?
- b) 50% Kanton – 50% Gemeinden?
- c) 30% Kanton – 70% Gemeinden?
- Keine Stellungnahme

Kommentar: Die nicht durch Elternbeiträge gedeckten Kosten sollen entsprechend den Kompetenzen/Einflussmöglichkeiten zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt werden. Wir sind für eine möglichst weitgehende Autonomie der Gemeinden, diese hätten entsprechend den Hauptteil der Kosten zu tragen.

Kleeblatt Lektionenzuteilung mit Sozialindex

Schulen in Gemeinden mit schwierigeren Schulverhältnissen erhalten mehr Lektionen zugesprochen, um den erhöhten Anforderungen gerecht werden zu können. (Vgl. Vernehmlassungsvorlage, Kap. 10 und Anhang, Kap. 6.1.5).

	--	-	+	++
33. Sind Sie einverstanden, dass die bisherige zentral gesteuerte Stellenplanbewirtschaftung durch ein vereinfachtes Verfahren der Lektionenzuteilung aufgrund der Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie auf der Basis von sozialen Kennzahlen der Gemeinde ersetzt wird?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar: Die vorgeschlagenen Kriterien befriedigen uns nicht (massgebend kann z.B. nur der Anteil fremdsprachiger Kinder und nicht die Ausländerquote sein). Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 6.

	--	-	+	++
34. Sind Sie einverstanden, dass Schulen mit schwierigeren Schulverhältnissen mehr Lektionen erhalten als weniger belastete Schulen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

	--	-	+	++
35. Sind Sie einverstanden, dass die Schulpflege auf Antrag der Schulleitung über die Verteilung der Lektionen auf die Klassen und Schulen entscheidet?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme				

Kommentar:

36. Wie viele Lektionen sollen Schulen mit schwierigeren Schulverhältnissen mehr erhalten als weniger belastete Schulen?				
a) 20% mehr Lektionen				
b) 30% mehr Lektionen		<input checked="" type="checkbox"/>		
c) 40% mehr Lektionen		<input type="checkbox"/>		
<input type="checkbox"/> Keine Stellungnahme		<input type="checkbox"/>		

Kommentar: Wir verstehen die 20 % als Maximalwert.

Leitsätze

Die Vernehmlassungsvorlage enthält Leitsätze, welche die Eckwerte der zukünftigen Volksschule festhalten. Die Leitsätze finden Sie im Kapitel 6 der Vernehmlassungsvorlage zusammengefasst. Sie haben die Möglichkeit, Ihre Meinung zu diesen Leitsätzen bekannt zu geben:

1. Die Einschulung erfolgt im fünften Altersjahr. Der Unterricht findet für alle Kinder in altersgemischten Abteilungen statt, auch für die Kinder der bisherigen Einschulungsklassen und Kleinklassen.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Unsere Zustimmung bezieht sich nur auf die Basisstufe und das Alter der Einschulung. Die Führung altersgemischter Abteilungen und die Integration der Kleinklassen ab der Mittelstufe lehnen wir ab.

2. Lehren und Lernen richten sich nach dem Entwicklungsstand und der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Kinder mit besonderen Lernbedürfnissen werden integrativ gefördert.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 2.

3. Die obligatorische leistungsorientierte Volksschule dauert elf Jahre. Die Primarschule dauert einschliesslich der Eingangsstufe acht Jahre.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar:

4. Die Regelklassen schliessen die Kinder und Jugendlichen der bisherigen Kleinklassen, des Berufswahljahrs und des Werkjahrs mit ein.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 2.

5. Der Unterricht erfolgt nach der Eingangsstufe in Jahrgangsklassen oder in mehrklassigen Abteilungen. Lehren und Lernen richten sich nach dem Entwicklungsstand und der individuellen Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Kinder und Jugendliche mit besonderen Lernbedürfnissen werden integrativ gefördert.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Wir unterstützen den Unterricht in Jahrgangsklassen (mehrklassige Abteilungen nur als vom Kanton zu bewilligende Ausnahmen). Individualisierung und Integration als flächendeckende Prinzipien lehnen wir ab, vgl. Antwort zu Frage 4.

6. Die Sekundarstufe I dauert drei Jahre. Sie bereitet die Schülerinnen und Schüler auf die Berufsbildung und die Mittelschulen vor. Auf der Sekundarstufe I erfolgt der Unterricht für alle Jugendlichen in Jahrgangsabteilungen innerhalb von Leistungszügen. Einzelne Fächer werden in der Regel in Niveaugruppen unterrichtet.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Wieso steht hier (im Gegensatz zu Frage 13) «in der Regel»?

7. Der Übergang in die Berufsbildung erfolgt nach dem 11. Schuljahr, in das Gymnasium in der Regel nach dem 10. Schuljahr.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 4.

8. Der Unterricht an der Volksschule erfolgt im Rahmen von Blockzeiten. Ausserhalb der Unterrichtszeiten stellt die Schule ein Förder- und Betreuungsangebot sicher, das nach pädagogischen Grundsätzen geführt wird.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Vgl. Antwort zu Frage 23. Wieso wird hier (im Gegensatz zu Frage 23) von Führung nach pädagogischen Grundsätzen gesprochen?

9. Das Förder- und Betreuungsangebot besteht vor Unterrichtsbeginn am Morgen, über Mittag, an schulfreien Nachmittagen und nach Unterrichtsschluss am Nachmittag.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Wir sind für Tagesstrukturen. Das Angebot ist aber auf den lokalen Bedarf auszurichten, die Aussage umschreibt einen möglichen Vollausbau. In einem ersten Schritt müssen Blockzeiten eingeführt werden, Mittagstisch und Tagesstrukturen folgen als 2. Etappe.

10. Die Lektionen für den Unterricht an der Volksschule werden den Schulträgern aufgrund der Anzahl Schülerinnen und Schüler pauschal zugesprochen.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar:

11. Bei der Berechnung der Anzahl Lektionen wird der Sozialindex der Gemeinden berücksichtigt. Der Sozialindex basiert auf der Arbeitslosenquote, der Ausländerquote, der Wohnformquote und der Sesshaftigkeitsquote der Gemeinden.

-- - + ++

Sind Sie mit diesem Leitsatz einverstanden?

Keine Stellungnahme

Kommentar: Wir sind für die Zuteilung zusätzlicher Mittel für schwierige Verhältnisse. Der vorgeschlagenen Lösung können wir aber nicht 1:1 zustimmen. Vgl. die Grundsatzbemerkungen im Schreiben vom 30.03.2007, Ziff. 6.

Weitere Bemerkungen

In unserem Schreiben vom 30. März 2007 haben wir unsere grundsätzlichen Bemerkungen und die Gesamtbeurteilung der Vorlage aus Sicht der AIHK festgehalten. Dieser Fragebogen ist als Beilage zum erwähnten Schreiben zu verstehen.

Aarau, 30. März 2007

AARGAUISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER
Geschäftsstelle

Peter Lüscher

Doris Wobmann

Vorsitzender der Geschäftsleitung lic. iur., Rechtsanwältin

Besten Dank für Ihre Mitarbeit.

Bitte retournieren Sie den ausgefüllten Fragebogen bis **15. März 2007** an folgende Adresse:
Departement Bildung, Kultur und Sport, Abteilung Volksschule, Bildungskleeblatt,
Bachstrasse 15, 5001 Aarau. E-Mail: volksschule@ag.ch.